

Chancen und Risiken eines Industriestrompreises

Der Industriestrompreis – ein Politikum?

Thorsten Winkelmann

Im Zuge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine beschloss u.a. die Europäische Union weitreichende Sanktionen gegen Einzelpersonen und ganze Wirtschaftszweige der Russischen Föderation. Vor allem die Einfuhrbeschränkungen gegenüber fossilen Energieträgern machten die Abhängigkeit einzelner EU-Mitgliedsstaaten deutlich, hatte man es doch in der Vergangenheit versäumt, tragfähige Alternativen zu prüfen und auf einen Energiemix aus unterschiedlichen Lieferländern zu setzen. Über Jahrzehnte hinweg betonte insbesondere die deutsche Bundesregierung die Zuverlässigkeit der durch Pipelines erfolgten sowjetischen bzw. russischen Gasimporte. Die Verknappung des Angebots in Verbindung mit der Zerstörung der Pipeline Nordstream II führte indes dazu, dass die Gaspreise explodierten. Notierte der durchschnittliche Gaspreis für Privatkunden im Jahr 2020 noch bei sechs Cent je Kilowattstunde, vervierfachte er sich im zweiten Halbjahr 2022 auf nunmehr ca. 24 Cent je Kilowattstunde. Um diese Belastungen für den Endverbraucher abzumildern, beschloss die Bundesregierung eine Reihe von Maßnahmen wie etwa die Gaspreisbremse, die u.a. einen reduzierten Mehrwertsteuersatz von sieben statt 19 Prozent und Abschlagszahlungen vorsieht. Hiervon profitieren die privaten Haushalte, während die Industrie vergleichbare Unterstützung einfordert.

Durch eine zeitlich befristete Deckelung der Gaspreise – also eine politisch festgelegte Preisobergrenze – sollen hierzulande Unternehmen entlastet werden. Dabei ist folgender Mechanismus angedacht: Liegt der Preis an der Strombörse in Leipzig über einem im Voraus definierten Betrag von ungefähr sechs Cent je Kilowattstunde, dann wird die Differenz durch einen vom Steuerzahler getragenen Fond beglichen. Dies hätte eine preisdämpfende Wirkung gerade für energieintensive Betriebe mit Vorteilen im globalen Wettbewerb. Zugleich würde damit Planungssicherheit für



PD Dr. Thorsten Winkelmann
Institut für Politische Wissenschaft
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg